

Ausgabe 46

28. November 2024

steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Inhalt

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 28. November 2024

Weitere Veröffentlichungen vom Tage

EuGH: Vermeidung des Zolls durch Verlegung der Produktion und Bestimmung des nicht präferenziellen Ursprungs der Waren

Zur Frage, ob Einkünfte einer in der Schweiz ansässigen Tochtergesellschaft eines Unternehmens in Deutschland der Hinzurechnungsbesteuerung nach dem AStG unterliegen und zum Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit

Business Meldungen

BFH-Urteil schränkt Zulässigkeit der Kettenzusammenfassung ein

JStG 2024: Bundesrat stimmt Verlängerung der Optionsregelung i. R. d. § 2b UStG zu

Terminplaner

Webinar: Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie

Noch Fragen?

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 28. November 2024

Urteil IX R 5/24: Entgeltliche Ablösung eines Nießbrauchs an GmbH-Anteilen

20. September 2024

Ob das wirtschaftliche Eigentum an GmbH-Anteilen dem Nießbrauchsberechtigten zuzurechnen ist, ist Gegenstand der tatrichterlichen Würdigung durch das Finanzgericht und daher wegen § 118 Abs. 2 der Finanzgerichtsordnung für das Revisionsgericht grundsätzlich bindend. Ist der Vorbehaltsnießbraucher nicht wirtschaftlicher Eigentümer der GmbH-Anteile, ist die Ablösung des Nießbrauchs ein für ihn nicht steuerbarer Vorgang.

[Zum Urteil](#)

Urteil VIII R 35/20: Haftung für überhöht bescheinigte Einlagenrückgewähr

1. Oktober 2024

Ob der Betrag der Einlagenrückgewähr in der Bescheinigung nach § 27 Abs. 3 KStG überhöht ausgewiesen ist (§ 27 Abs. 5 Satz 4 KStG), richtet sich nach § 27 Abs. 1 Satz 3 KStG (Einlagenrückgewähr) und dem gesondert festgestellten Bestand des steuerlichen Einlagekontos auf den Schluss des vorangegangenen Jahres; der Bescheid über die gesonderte Feststellung des steuerlichen Einlagekontos auf den Schluss des Jahres der Leistung entfaltet insoweit keine Bindungswirkung. Nach § 27 Abs. 5 Satz 4 KStG haftet der Aussteller der Bescheinigung verschuldensunabhängig für die auf den überhöhten Ausweis der Einlagenrückgewähr entfallende Kapitalertragsteuer.

[Zum Urteil](#)

Urteil VI R 32/21: Bemessung der Schenkungsteuer bei niedrig verzinsten Darlehen

31. Juli 2024

Die Gewährung eines nicht marktüblich verzinsten Darlehens ist als gemischte Schenkung zu versteuern. Bei der Bemessung des Zinsvorteils kann der in § 15 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes festgelegte Zinssatz von 5,5 % nicht herangezogen werden, wenn ein niedrigerer marktüblicher Wert für vergleichbare Darlehen feststeht.

[Zum Urteil](#)



Weitere Veröffentlichungen vom Tage:

Urteil V R 21/23: Zur Vermittlungsleistung bei Ausgabe von Gutscheinen nach der bis 2018 geltenden Rechtslage

5. September 2024

[Zum Urteil](#)

Urteil V R 21/23: Zur Besteuerung von Leistungen einer Schweizer Familienstiftung

1. Oktober 2024

[Zum Urteil](#)

Urteil III R 28/22: Keine Schätzungsbefugnis bei pauschaler Verbuchung der Entnahme von Non-Food-Artikeln durch Einzelhändler in den Jahren 2015 bis 2017

16. September 2024

[Zum Urteil](#)

Urteil V R 36/21: Gemeinnützigkeit nach §§ 51 ff. der Abgabenordnung (AO) und Verfassungsschutzbericht

5. September 2024

[Zum Urteil](#), siehe die [Pressemitteilung 045/24](#).

Urteil V R 15/22: Keine Steuerbegünstigung nach §§ 51 ff. der Abgabenordnung (AO) für extremistische Körperschaften

5. September 2024

[Zum Urteil](#), siehe die [Pressemitteilung 046/24](#).

Rechtsprechung im Blog

EuGH: Vermeidung des Zolls durch Verlegung der Produktion und Bestimmung des nicht präferenziellen Ursprungs der Waren

Im vorliegenden Rechtsmittelverfahren hatte der EuGH zu klären, ob die Kommission die Anerkennung einer Verlegung der Produktion allein deshalb ablehnen darf, weil diese Verlegung das Ziel verfolgt, Zöllen zu entgehen, die im Zusammenhang mit einem zwischenstaatlichen Handelsstreit verhängt werden. Das Vorbringen der Kläger, die Verlegung des Ursprungs der Waren (hier: Harley Davidson Motorräder) anzuerkennen, wurde vom Gericht der Europäischen Union (EuG) abgewiesen. Der EuGH als letztinstanzliches Gericht wies die Klage ebenfalls zurück.

Hintergrund

Die USA führten 2018 zusätzliche Zölle auf die Einfuhren von Stahl und Aluminium aus der EU ein. Daraufhin führte die EU mit der Durchführungsverordnung (EU) 2018/886 vom 20.06.2018 ebenfalls hohe Zölle auf den Import bestimmter Waren aus den USA ein, unter anderem auf von Harley-Davidson hergestellte Motorräder. Letztendlich entschied sich Harley-



Davidson dafür, künftig die Motorräder in der bereits bestehenden Fabrik in Thailand zu produzieren. Die EU-Kommission war hingegen der Auffassung, dass eine Umgehung vorliege und der Ursprung weiterhin in den USA liege. Harley Davidson klagte gegen diese Entscheidung der Kommission. Das EuG wies die Klage mit Urteil vom 1. März 2023 erstinstanzlich ab, der Beschluss der Kommission sei rechtmäßig. Die in Thailand vorgenommene Be- oder Verarbeitung sei nach Art. 33 Abs. 1 der Delegierten Verordnung 2015/2446 wirtschaftlich nicht gerechtfertigt.

Entscheidung des EuGH

Der EuGH entschied, dass die Klage insgesamt zurückzuweisen ist, da keiner der vorgebrachten Rechtsmittelgründe durchgreift.

Die Kläger hatte ihr Rechtsmittel auf drei Gründe gestützt:

Zum **ersten Rechtsmittelgrund**: Fehlerhafte Auslegung von Art. 33 der Delegierten Verordnung 2015/2446 (RZ. 36 – 81 im Urteil):

Die von den Klägern geltend gemachte Unvereinbarkeit der Auslegung von Art. 33 Abs. 1 der Delegierten Verordnung 2015/2446 ist für den EuGH als nicht maßgeblich anzusehen. Dieses Vorbringen beruhte nämlich auf der Annahme, dass das EuG das in Art. 33 Abs. 1 enthaltene objektive Kriterium in ein subjektives umgewandelt habe. Diese Annahme trifft aber nicht zu.

Zu dem Vorbringen der Beweismittelverfälschung stellt der EuGH fest, dass die Kläger in Wirklichkeit eine neue Beweiswürdigung fordern, ohne die dem Gericht vorgeworfene Verfälschung hinreichend genau anzugeben oder die Analysefehler darzulegen. Eine solche Beanstandung ist im Stadium der Klage unzulässig.

Zum **zweiten Rechtsmittelgrund**: Überschreitung der Grenzen der in Art. 62 des Zollkodex der Union enthaltenen Befugnisübertragung (RZ. 82 – 88)

Dem Vorbringen der Kläger liegt die Annahme zugrunde, das Gericht habe Art. 33 Abs. 1 der Delegierten Verordnung 2015/2446 dahin ausgelegt, dass er ein subjektives Kriterium enthalte. Diese Annahme trifft aber, wie in den Rn. 67 und 68 des Urteils näher dargelegt, nicht zu.

Zum **dritten Rechtsmittelgrund**: Verstoß gegen das Recht auf eine „gute Verwaltung“ (RZ. 89 – 114)

Das Vorbringen der Kläger könne nur durchgreifen, wenn nachgewiesen wäre, dass das EuG die Tatsachen verfälscht hat. Die Kläger machen jedoch keine solche Verfälschung geltend, sondern beschränken sich im Wesentlichen darauf, eine neue Tatsachenwürdigung zu verlangen, für die der EuGH im Rahmen der Klage jedoch nicht zuständig ist.

Im Übrigen habe das Gericht, nachdem es eine Verletzung des Anspruchs der Kläger auf rechtliches Gehör festgestellt hatte, rechtsfehlerfrei ausgeführt, dass die tatsächlichen Beweise dafür, dass die Produktionsverlagerung wegen der erwarteten wirtschaftlichen Effizienzgewinne „wirtschaftlich gerechtfertigt“ sei, nicht die Möglichkeit schaffen könnten, dass das Verwaltungsverfahren zu einem anderen Ergebnis hätte führen können.

Fundstelle

EuGH, Urteil vom 21. November 2024 **C-297/23 P** - *Harley-Davidson Europe und Neovia Logistics Services International/ Kommission*.

Eine englische Zusammenfassung dieses Urteils finden Sie [hier](#).

Zur Frage, ob Einkünfte einer in der Schweiz ansässigen Tochtergesellschaft eines Unternehmens in Deutschland der Hinzurechnungsbesteuerung nach dem AStG unterliegen und zum Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit

Das Finanzgericht Düsseldorf hatte darüber zu entscheiden, ob die Einkünfte einer in der Schweiz ansässigen Tochtergesellschaft der Klägerin in Deutschland der Hinzurechnungsbesteuerung nach dem AStG unterliegen.

Sachverhalt

Die Klägerin, eine Kapitalgesellschaft, war zu 100% an einer Aktiengesellschaft mit Sitz in der Schweiz beteiligt. Dieser oblag innerhalb der Unternehmensgruppe der Klägerin das zentrale Abrechnungs- und Delkrederegeschäft für den Wareneinkauf. Sie führte die Zahlungsregulierung sowohl für konzerninterne Lieferanten und Abnehmer als auch für externe Lieferanten und Franchisenehmer durch. Zudem trug sie das Ausfallrisiko gegenüber den externen Lieferanten. Daneben erzielte die Tochtergesellschaft Zinseinkünfte aus Verzugszinsen und kurzfristiger Geldanlage.

Das beklagte Finanzamt erließ für die Streitjahre 2009 bis 2011 Bescheide über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 18 AStG und unterwarf damit die Einkünfte der Tochtergesellschaft der Hinzurechnungsbesteuerung. Die Klägerin argumentierte dagegen, diese erziele mit ihren Tätigkeiten aktive Einkünfte. Zudem verstoße die Hinzurechnung ab 2011 gegen die Kapitalverkehrsfreiheit, da keine künstliche Gestaltung vorliege.

Richterliche Entscheidung

Das Finanzgericht Düsseldorf gab der Klage statt.

Die Tätigkeiten der Tochtergesellschaft seien bei funktionaler Betrachtungsweise als wirtschaftlich zusammengehörig einheitlich zu beurteilen, wobei die Zahlungsabwicklung die Haupttätigkeit darstelle. Die Tochtergesellschaft erziele damit aktive Einkünfte sowohl aus dem Betrieb eines Kreditinstituts (§ 8 Abs. 1 Nr. 3 AStG) als auch aus Dienstleistungen (§ 8 Abs. 1 Nr. 5 AStG). Die Geschäfte würden nicht überwiegend gegenüber der Klägerin oder dieser nahestehenden Personen betrieben.

Für 2011 verstoße die Hinzurechnung zudem gegen die Kapitalverkehrsfreiheit. Ab diesem Jahr bestehe aufgrund der geänderten DBA-Auskunfts-klausel mit der Schweiz eine Überprüfungsmöglichkeit für die deutschen Finanzbehörden. Die Tochtergesellschaft sei keine rein künstliche Gestaltung, sondern in der Schweiz tatsächlich angesiedelt und übe dort eine wirkliche wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Die Entscheidung ist rechtskräftig.

Fundstelle

Finanzgericht Düsseldorf, Urteil vom 2. August 2024 (1 K 2666/19 F), rkr.; siehe den Newsletter November 2024 des Finanzgerichts.

Business Meldungen

BFH-Urteil schränkt Zulässigkeit der Kettenzusammenfassung ein

Am 21.11.2024 wurde das Urteil des BFH vom 29.8.2024 veröffentlicht, welches die Voraussetzungen der Zusammenfassung von BgA gemäß § 4 Abs. 6 Satz 1 KStG präzisiert und damit den Anwendungsbereich von Kettenzusammenfassungen einschränkt. Er widerspricht damit ausdrücklich der im BMF-Schreiben vom 12.11.2009 großzügigeren niedergelegten Auffassung zur Kettenzusammenfassung der Finanzverwaltung, was erhebliche Auswirkungen für die Praxis haben könnte.

Den Beitrag finden Sie [hier](#).

JStG 2024: Bundesrat stimmt Verlängerung der Optionsregelung i. R. d. § 2b UStG zu

Am 22. November 2024 hat der Bundesrat in seiner Sitzung dem Jahressteuergesetz 2024 zugestimmt. Sofern das Gesetz nun entsprechend ausgefertigt und verkündet wird, wovon auszugehen ist, besteht für juristische Personen des öffentlichen Rechts damit grundsätzlich die Möglichkeit, den § 2 Abs. 3 UStG weitere zwei Jahre anzuwenden und gegen die Anwendung der Neuregelung des § 2b UStG zu optieren.

Den Beitrag finden Sie [hier](#).

Terminplaner

Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie
Webinar, 13.12.2024

ZUM SEMINAR

Wir freuen uns auf Sie!

Alle aktuellen Veranstaltungen finden
Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE



Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: +49 171 7603269
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: +49 171 5503930
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2024 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.